

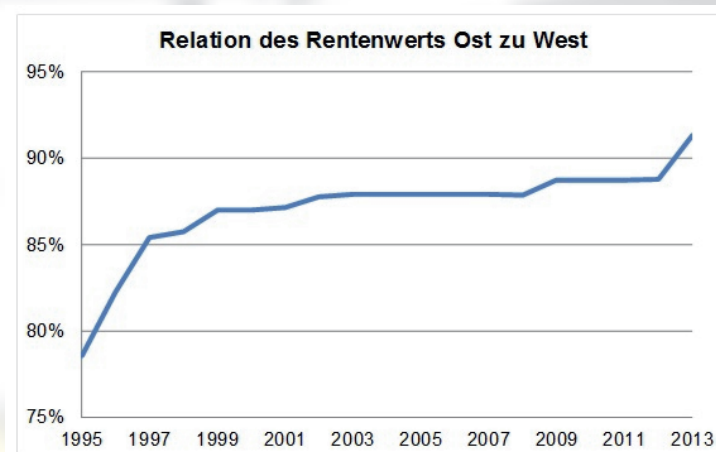
## Rentenangleichung bleibt erklärtes Ziel

Die gesetzliche Rente ist und bleibt die zentrale Säule der Altersversorgung in Deutschland - in Ost wie in West. Sie macht fast zwei Drittel an allen Einkommen im Alter aus. Allerdings gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen West und Ost. Während bei den Rentnerinnen und Rentnern im Westen knapp 60 Prozent der Einkommen im Alter aus der gesetzlichen Rente stammen, sind es im Osten gut 90 Prozent. Die gesetzliche Rente ist in den neuen Ländern oftmals die einzige Einkommensquelle im Alter.

Daher ist die Rentensteigerung anlässlich der jährlichen Rentenanpassung in Ostdeutschland ein wichtiges Signal. Mittelfristig müssen die Renten in Ost und West aber komplett angeglichen werden. Bei aller Sorgfalt, die zur Angleichung der Ost- und Westrenten nötig ist, mein erklärtes Ziel bleibt die Angleichung der Renten. Dafür setze ich mich ein.

Die Rente folgt grundsätzlich den Löhnen. Weil die durchschnittlichen Löhne im Osten immer noch geringer sind als die durchschnittlichen Löhne im Westen, ist auch der so genannte aktuelle Rentenwert im Osten niedriger als im Westen. Der Angleichungsprozess der Renten war in den Jahren nach der Wiedervereinigung wegen der deutlich höheren Lohnsteigerungen im Osten am stärksten. Von 1991 bis 1995 hat sich das Verhältnis zwischen aktuellem Rentenwert Ost und aktuellem Rentenwert West von rund 51 Prozent auf rund 79 Prozent ver-

bessert. In den Jahren danach hat sich der Angleichungsprozess deutlich verlangsamt. Schon seit einigen Jahren stagniert der aktuelle Rentenwert im Osten bei rund 89 Prozent seines Westwerts. Mit der diesjährigen Rentenanpassung kommt die Angleichung wieder ein ordentliches Stück voran. Mit der Rentenanpassung 2013 erreicht der aktuelle Rentenwert in den neuen Ländern 91,5 Prozent des aktuellen Rentenwerts West. Die Rentensteigerung in Ostdeutschland beträgt 3,29 Prozent und fällt damit mehr als 12 Mal so hoch aus wie in Westdeutschland.



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Die unausgegorenen Vorschläge der Opposition, auf die höhere Bewertung der Rentenpunkte Ost zu verzichten, schafft neue Benachteiligungen der Ostrentner. Dies gilt es zu vermeiden. Bei aller Gründlichkeit darf aber das Ziel einer zügigen Anpassung nicht aus dem Blick geraten.

## Übergabe der Deutschlandstipendien an der Uni Leipzig

Im März dieses Jahres wurden auch an der Universität Leipzig im Alten Senatssaal die ersten Deutschlandstipendien ausgegeben. Als glühender Verfechter neuer Lösungen für die Bildungsförderung der Zukunft hatte auch ich mich bereit erklärt, eine vielversprechende Studentin mit monatlichen Leistungen zu unterstützen. Die Stipendiaten erhalten dabei 150 Euro von privaten Gebern und zusätzliche 150 Euro von Seiten des Bundes, wobei die Leistungen nicht auf das Bafög angerechnet werden. Die Universitäten sind dazu angehalten, einen Teil der eingeworbenen Stipendien frei zu vermitteln, also ohne Berücksichtigung der Wünsche von Stipendiengebern. Diese Regelung ist besonders für Studenten der Geistes- und Sozialwissenschaften von Vorteil, da eine

konkrete Bindung an bestimmte Firmen hier generell weniger vorausgesetzt ist. Ich freue mich, mit Dörthe Gülzow eine engagierte Studentin der Theologie zu unterstützen und wünsche ihr für ihre weiteren Studien die besten Erfolge und stehe ihr auch im kommenden Jahr gerne mit Rat und Tat zur Seite.



Nach der Übergabe der Stipendienurkunde im Alten Senatssaal der Universität Leipzig

## Berliner Depesche

Dr. Thomas Feist MdB

## Wahlkreis-Infodienst

Frühjahr/Sommer 2013



### Kulturelle Bildung als Bestandteil der Bildungsrepublik

Ende Februar beriet der Deutsche Bundestag den Bildungsbericht 2012 und das Fazit ist eindeutig: Deutschland ist eine Bildungsrepublik! Die konsequente Prioritätensetzung der christlich-liberalen Koalition führte zu einer Verdopplung der Mittel für Bildung und Forschung. Nie zuvor gab es mehr Studienplätze, nie zuvor mehr Professoren und Personal an den Hochschulen und nie zuvor mehr Geld für BAföG und Stipendien als heute. Unsere Berufsbildungspolitik ist zudem der Grund für die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Über die Erhöhung der Bildungsbeteiligung hat sich zudem für Migranten und Arbeiterkinder die Chance auf einen Abschluss und damit auf Teilhabe verbessert.

Um diesen Weg auch weiterhin konsequent zu beschreiten, hat der Deutsche Bundestag den von mir federführend initiierten Antrag „Stärken von Kindern und Jugendlichen durch kulturelle Bildung sichtbar machen“ zugestimmt und damit nachhaltig die kulturelle Bildung gestärkt.

Maßnahmen in diesem Feld helfen, Stärken der Jugendlichen besser zu erkennen und individuell zu fördern. Gerade bildungsbenachteiligte Jugendliche erleben hier, dass sie mit Teamgeist und Unterstützung etwas erreichen können. Sie erfahren - oft zum ersten Mal - dass sie Talente haben und etwas gut können. Das Menschenbild der Opposition, die junge Menschen als Mängelwesen definiert, die möglichst ganztags in einer Schule von den verantwortungslosen Eltern ferngehalten werden müssen, kann ich hingegen nicht verstehen.

Das bereits angelaufene Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“, das zur bislang größten Einzelfördermaßnahme des Bundes im Rahmen der kulturellen Bildung geworden ist, ist daher der absolut richtige Weg. In



den kommenden fünf Jahren werden ca. 230 Millionen Euro in die kulturelle Bildung investiert.

Nicht nachvollziehbar ist, dass die SPD gegen diesen wichtigen Antrag stimmte. Die Enthaltung von Grünen und Linken zeigt: An der Sache war die Opposition nicht interessiert.

### Liebe Leser,

derzeit befinden wir uns, wie den Medien unschwer zu entnehmen ist, bereits mitten im heißen Wahljahr 2013. Jetzt werden noch einmal wichtige Weichen für eine stabile und berechenbare Politik der Bundesregierung unter unserer Kanzlerin Angela Merkel gestellt. Die Eurokrise ist dabei immer noch ein wichtiges Thema auf der Agenda der Parlamentarier und wir tragen in harten Debatten dazu bei, dass vor allem langfristig tragbare Lösungen für das Deutsche Volk aber auch für die Menschen des gesamten Euroraumes gefunden werden. Kurzfristiges Denken ohne Ansehen der möglichen Folgen oder ein Abweichen vom Prinzip der Verantwortung kann nicht im Interesse christlich-liberaler Politik sein.

Auch darüber hinaus haben wir für die Vergangenheit eine beachtliche Bilanz vorzuweisen: Der Bildungsetat ist unter unserer Regierung deutlich gewachsen, die Jugendarbeitslosigkeit ist die geringste in Europa, die Wirtschaft ist wieder im Wachsen begriffen und die Bürger haben Teil daran.

Ich bin stolz darauf, als Ihr Leipziger Abgeordneter für Sie in Berlin an Entscheidungen beteiligt zu sein, die zu einem solchen Ergebnis führen und freue mich, auch künftig über kurze Wege mit Ihnen in Kontakt zu bleiben,

Ihr

## Keine Zwangsprivatisierungen beim Wasser

Mit Überschriften wie „Privatisierungszwang für kommunale Wasserwerke“ sorgte eine Neufassung der EU-Richtlinie über Dienstleistungskonzessionen zu einem Aufschrei in der deutschen Presse und zu einer großen Verunsicherung in der Bevölkerung. Lassen Sie mich deshalb ganz deutlich sagen: Meine Kollegen im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament und ich sprechen uns ausdrücklich gegen jegliche Privatisierungs- oder Ausschreibungspflicht für die öffentliche Wasserversorgung aus und setzen uns auch mit Nachdruck dafür ein.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich daher wiederholt dafür eingesetzt, dass der sensible Bereich der Wasserversorgung aus einer solchen Regelung ausgenommen bleibt. Der massive Druck auf die EU-Kommission hat nun endlich Wirkung gezeigt. Die EU-Kommission hat eine grundlegende Überarbeitung der bisherigen Pläne angekündigt. Die Wasserversorgung solle nur noch in solchen Fällen ausgeschrieben werden, in denen das kommunale Unternehmen weniger als 80 Prozent seiner Wasserdienstleistungen für die Gebietskörperschaft erbringt. Nach wie vor gilt aber, dass eine europaweite Ausschreibungspflicht bei der öffentlichen Wasserversorgung zu verhindern ist. Bewährte Versorgungsstrukturen in Deutschland, gerade in Sachsen, dürfen nicht zerschlagen und die erstklassige Qualität der Wasserversorgung darf nicht gefährdet werden.



## Film: MdB - Abgeordnet in den Bundestag

Im vergangenen Jahr wurde ich längere Zeit von einem Filmteam um Siegfried Ressel begleitet, der sich aufgemacht hatte, Abgeordnete im Bundestag zu beobachten und über ihren Arbeitsalltag zu berichten, aber auch versuchte, herauszufinden, wie die Maschinerie Bundestag funktioniert und welche Rolle die Menschen in diesem System spielen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte er mich gebeten, für alle seine Wünsche zur Verfügung zu stehen, die dann doch recht vielfältig waren: Büroarbeit, Interviews, Arbeit im Ausschuss und auf Veranstaltungen u.v.m. Ein erster Teil wurde im ZDF bereits gesendet, ein zweiter Teil wird noch in



zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl folgen. Wer einmal sehenswerte Bilder und zahlreiche Hintergrundinformationen aus dem Parlament sehen möchte, findet ihn dort:

[www.kurzurl.net/mdb](http://www.kurzurl.net/mdb)

## Gastbeitrag von Simon Ultes

Für einen Jura-Studenten gibt es in der vorlesungsfreien Zeit neben dem Schreiben von Hausarbeiten wohl kaum eine interessantere Beschäftigung als ein Praktikum im Bundestag. Aus Interesse am politischen Geschehen und der Arbeit des Bundestages hatte ich mich für das Seminar „Hospitalität im Bundestag“ angemeldet, das unter der Überschrift „Bildung und Gerechtigkeit“ stand.

Jeder einzelne Teilnehmer wurde hierzu einem Abgeordneten zugeteilt. Highlight und Kernprogramm der ganzen Woche war die Begleitung des Abgeordneten bei Terminen und die Arbeit in dessen Büro.

Für mich bot das Seminar eine große Chance einmal ganz nahe an das politische Geschehen auf Bundesebene heranzukommen und zu sehen, wie der Abgeordneten-Alltag aussieht. Eine solche Möglichkeit bietet sich nicht alle Tage. Trotz der hohen Aus- und Belastung des Abgeordneten und seines Büros wurde ich herzlich aufgenommen und konnte mich uneingeschränkt als Mitglied des Teams fühlen. Neben Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen nahm ich an vielen weiteren Terminen wie z.B. dem Gespräch mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft teil. Dass Herr Dr. Feist dabei aus meinem Wahlkreis kommt und gleichzeitig Israelexperte ist, war ein sehr glücklicher Zufall, da ich selbst ein Jahr lang in Israel einen freiwilligen Friedensdienst geleistet habe.



## Zur aktuellen Lage in Zypern

Im Fall Zypern hat die Bundesregierung durch hartes Verhandeln ein gutes Ergebnis erzielt. Im Sinne einer fairen Lastenteilung müssen sich Eigentümer, Gläubiger und Einleger der Banken an den Kosten der Bankenrestrukturierung beteiligen. Das ESM-Hilfsprogramm ist auf 10 Mrd. Euro begrenzt. Dadurch wird Zypern wieder in die Lage versetzt, seine Schulden selbst zu meistern. Die Programmmittel werden vor allem der Haushaltsfinanzierung sowie in geringem Umfang der Umstrukturierung des übrigen Bankensektors dienen. Einlagen bis 100.000 Euro sind vollständig geschützt. Der zyprische Bankensektor leistet durch umfassende Beteiligung der Eigentümer und Anleihegläubiger sowie durch die teilweise Heranziehung der Einlagen über 100.000 Euro bei den beiden größten Banken seinen Beitrag. Die Größe des einheimischen Bankensektors soll auf EU-Durchschnitt sinken. Wichtig ist, dass der russische Kredit an Zypern vor der endgültigen Zustimmung zum Programm verlängert wird. ESM-Gelder dürfen nicht zur Ablösung des russischen Kredits herangezogen werden! Eins ist jedoch klar: Es gibt keinen Automatismus für europäische Hilfsprogramme. Es gilt weiterhin der Grundsatz: Wenn Hilfe, dann unter strikter Konditionalität. Das Empfängerland erhält durch die temporären Hilfskredite die Chance, über das Nachholen verpasster Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen wieder auf die eigenen Beine zu kommen. Das hilft dem Land und seinen Bürgern. Die kurzfristige Anpassungslast mag hart sein, da in kurzer Zeit viel nachgeholt werden muss. Sie wird aber auch durch weitere Hilfen wie zum Beispiel über die europäischen Strukturfonds abgemildert. Unter

dem Strich zählt, dass das Land mittel- bis langfristig wieder eine Perspektive erhält – und zwar innerhalb der Eurozone.

Unbestritten ist, dass die Menschen die Leidtragenden verfehlter Politik in den betroffenen Ländern sind. Verantwortlich sind nicht die Eurogruppe oder gar Deutschland, sondern die dortige Politik. Die derzeitigen Proteste insbesondere gegen Deutschland sind daher absolut unangemessen, ist doch Deutschland ein wesentlicher Garant für Stabilität in Europa. Wir stehen zu einer stabilen Währungsunion und leisten über die Rettungsschirme einen solidarischen Beitrag, der auch bei uns zu Hause nicht immer einfach zu vermitteln ist. Es ist unakzeptabel, dass zum Beispiel in der zyprischen Öffentlichkeit gerade Deutschland für die gegenwärtige Lage des Landes verantwortlich gemacht wird. Die Verantwortung dafür kann Zypern nicht woanders abladen. Die Wut und Besorgnis bei den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern ist menschlich nachvollziehbar. Die Krise darf jedoch keinen Keil zwischen die Länder treiben, denn wir können sie nur gemeinsam meistern – dass sich das lohnt, davon bin ich fest überzeugt.

Auf Basis der vereinbarten Programmepunkte unterstütze ich das Hilfsprogramm ausdrücklich. Eine unkontrollierte Staatsinsolvenz Zyperns wäre derzeit weitaus problematischer. Dabei sind vor allem mögliche Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten der Währungsunion zu beachten. In der jetzigen, weiterhin sehr fragilen Lage der Eurozone würde eine Staatsinsolvenz Zyperns sehr wahrscheinlich eine heftige „Schockwelle“ auslösen und die unsichere Lage weiter verschärfen. Dieses Risiko möchte ich nicht eingehen.

